

Antworten von Frau Claudia Stamm auf die Wahlprüfsteine des Würzburger Flüchtlingsrats

Würzburg, den 16.04.2025

Lieber Flüchtlingsrat,

vielen Dank für die Gelegenheit, Ihre Fragen in den Wahlprüfsteinen beantworten zu können. Menschen- wie Bürgerrechte sind unteilbar! Sie müssen für alle gelten. Dies war stets eine große Triebfeder meines politischen Engagements.

Mit der Situation von Geflüchteten in Bayern habe ich mich daher auch als Abgeordnete des Bayerischen Landtages intensiv befasst und die Staatsregierung wiederholt an ihre Verantwortung Geflüchteten gegenüber erinnert. Diese Perspektive bringe ich gerne in die kommunale Verwaltungspraxis mit ein. Dabei ist es mir wichtig, neue Wege zu gehen, um gemeinsam mit engagierten Menschen das Bestmögliche zu erreichen.

Wahlprüfstein 1: Angleichung von Lebensverhältnissen

Die Unterkünfte für geflüchtete Menschen im Stadtgebiet Würzburg unterscheiden sich in Ausstattung, Betreuungssituation und Organisation erheblich. So sind in der städtischen Unterkunft Reuterhaus, die von der Stadt Würzburg verwaltet, ausgestattet und betrieben wird, viele Beratungsstellen und niederschwellig erreichbare Betreuung direkt vor Ort, während die Bewohner:innen der großen Unterkunft Veitshöchheimer Straße unter der Trägerschaft der Regierung Ufr. darin deutlich schlechter gestellt sind und nur unzureichend betreut werden.

1.1. Wie können diese Unterschiede in der Versorgung von Geflüchteten im Stadtgebiet angeglichen werden?

Stamm: Geflüchtete verdienen eine menschenwürdige Unterbringung. Die ungleichen Bedingungen in den Würzburger Unterkünften in verschiedenen Trägerschaften sind nicht hinnehmbar. Alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Unterbringung, müssen Zugang zu einer menschenwürdigen Versorgung haben. Hier ist ein regelmäßiger Austausch von Unterbringungsleitungen, den Sozialverbänden, medmissio und den Behördenvertretern der unterschiedlichen Ebenen (z.B. Jobcenter), um Bedarfe in der Unterkunft festzustellen und diesen konstruktiv zu begegnen. So könnte man verstärkt versuchen, Bundesangebote wie Erstorientierungskurse (EOK) oder als noch niedrighschwelligeren Einstieg von Kulturmittlern in Herkunftssprache durchgeführte sogenannte „WWKWegweiserkurse“ bei Bedarf dort zu etablieren. Mir wäre es als Oberbürgermeisterin wichtig, die bereits engagierten Gruppen und Vereine zu stärken und zu befähigen, ihre Arbeit ungestört im Interesse der Stadt durchführen zu können.

Gleichzeitig muss die Stadt aktiv auf die Regierung von Unterfranken einwirken, um gleiche Standards in allen Unterkünften durchzusetzen.

1.2. Werden Sie im Falle Ihrer Wahl die Forderung des Würzburger Flüchtlingsrats nach Schaffung einer Stelle für aufsuchende Sozialarbeit in der Gemeinschaftsunterkunft Veitshöchheimer Straße aufgreifen und umsetzen?

Stamm: Die Ehrenamtslotsin in der GU in der Veitshöchheimer Str. ist sicherlich ein guter Schritt. Sie kann jedoch keine aufsuchende Sozialarbeit ersetzen. Ich werde mich als Oberbürgermeisterin dafür einsetzen, dass ein solches Angebot schnell geschaffen wird. Damit kann auch die ganz dringende Unterstützung bei der Feststellung und Anerkennung von Qualifikationen und der Integration in Arbeit und Ausbildung verbessert oder bestärkt werden.

Wahlprüfstein 2: Sozialreferat

2.1. Inwiefern kann das Sozialreferat entschlossen darauf hinwirken, dass geflüchtete Menschen besser in die Stadtgesellschaft integriert werden? Wie wird die Umsetzung der Handlungsforderungen im städtischen Integrationskonzept von 2019 kontinuierlich evaluiert und angepasst?

Stamm: Ich setze mich für eine echte Teilhabe geflüchteter Menschen in der Stadtgesellschaft ein. Das bedeutet:

- Förderung von Begegnungsräumen und interkulturellen Projekten
- Zugang zu Sprachkursen und Bildungsangeboten für alle
- Verbindliche Überprüfung und Weiterentwicklung des Integrationskonzepts durch regelmäßige Beteiligung

2.2. Welche Veränderungspotentiale sehen Sie hinsichtlich des Organisationsplanes und der personellen Ausstattung des Sozialreferats?

Stamm: Speziell Migrations- und Integrationsfragen sind essentiell wichtig. Deswegen muss alles dafür getan werden, damit die Situation hier verbessert wird.

Eine koordinierende Stelle für ehrenamtliche Strukturen wäre ein wichtiger Schritt, um bestehende Angebote besser zu vernetzen.

Wahlprüfstein 3: Vernetzung

Viele kommunale Angebote, Strukturen und Wissenswertes sind für Zugewanderte schwer zu finden und zu verstehen. Zudem fühlt sich in Würzburg niemand zuständig, eine Vernetzung der verschiedenen Akteure und Angebote zu organisieren und sichtbar zu machen.

3.1. Werden Sie digitale Vernetzungsangebote für involvierte Organisationen und Geflüchtete zu schaffen?

Stamm: Dazu ist vor allem wichtig, dass es in den Unterkünften stabiles WLAN gibt. Tatsächlich bin ich mir immer nicht sicher, was wir ggf. an Doppelstrukturen schaffen bzw. wer all diese Apps und Plattformen pflegen soll. Wenn es hier ein überzeugendes Konzept gibt, um alle relevanten Informationen zu Beratungsstellen, Sprachkursen, Rechtsberatung und Gesundheitsversorgung zu bündeln, dann wäre ich die Letzte, die sich dem verschließt. Dabei sollte das Angebot von BAMF-NAvl abgestimmt sein. Wie ich jetzt gehört habe, hat hier das Sozialreferat bereits konkrete Ideen. Dies ist sehr zu begrüßen.

3.2. Werden Sie die vom Würzburger Flüchtlingsrat und anderen Organisationen geforderte Applikation der integreatApp oder eines vergleichbaren, niederschweligen Tools einführen?

Stamm: Ich unterstütze die Einführung einer App wie Integreat. Voraussetzung ist, dass sie leicht zugänglich ist, mehrsprachig funktioniert und regelmäßig aktualisiert wird.

Wahlprüfstein 4: Bezahlkarte

Die Stadt Würzburg hat 2024 die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt und dabei das Abheben von Bargeld auf 50 Euro begrenzt.

4. Werden Sie die Bezahlkarte beibehalten oder sehen Sie einen Veränderungsbedarf in Würzburg?

Stamm: Hier muss ich etwas weiter ausholen. Wenn ich „regulative“ Maßnahmen als Gesetzgeber ergreife, müssen erst mal die Voraussetzungen geschaffen sein, dass Menschen auch wirklich das tun können, was man von ihnen „erwartet“. In diesem Fall ist es, sich zu integrieren und zu arbeiten. Fast alle Geflüchteten dürfen aber nicht ab dem ersten Aufenthaltstag arbeiten und für viele Nationalitäten besteht ein grundsätzliches Arbeitsverbot. Ganz zu schweigen von mangelndem Angebot an Sprach- und Integrationsangeboten.

Also bevor ich jemand anders behandle als andere Menschen, muss ich erst mal dafür sorgen, dass sich die eine Gruppe genau so verhalten kann wie die anderen.

In Bayern ist ja es so, dass die Kommunen mit der Bezahlkarte arbeiten müssen. Ich halte davon nichts: Zum einen kann ich mir nicht vorstellen, dass es nicht mehr Verwaltungsaufwand ist, d.h. der angebliche Nutzen existiert sicher nicht. Zum anderen erschwert die Beschränkung des Bargeldbezugs auf 50 Euro das tägliche Leben. Und sicherlich erschwert die Karte die Integration von Geflüchteten.

Wahlprüfstein 5: Psychosoziales Zentrum

Infolge des Messerangriffs am Barbarossaplatz 2021 wurde seitens der Stadt Würzburg ein Psychosoziales Zentrum und die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von psychisch Kranken mit Fluchterfahrung angekündigt.

5.1. Wann wird dieses Zentrum realisiert?

Stamm: Wenn Versprechen von Politikern nicht eingehalten werden, ist das immer ein großes Problem - ein weiterer Vertrauensverlust. Meine Meinung dazu habe ich auch im TV Mainfranken-Quadrell zum Ausdruck gebracht (dort oder auf meiner Insta-Seite claudia__stamm zu sehen). Trotzdem bin ich der Meinung, dass manche Dinge nicht unbedingt in kommunaler Hand am besten aufgehoben sind. In dem Bereich gibt es in Würzburg ja bereits Initiativen und Ansätze, u.a. das Missio oder es gibt einen Verein in Bayern, der hervorragend arbeitet: Refugio. Ich könnte mir vorstellen, dass es besser ist das bereits Vorhandene auszubauen oder einen Ableger von Refugio - mit Unterstützung seitens der Stadt - aufzubauen. Das dann allerdings strukturell und nicht projektbezogen.

5.2. Welche niederschweligen Angebote werden bis zur Realisierung des Zentrums Geflüchteten zur Verfügung stehen?

Stamm: Bis es eine tragfähige Lösung gibt, müssen dringend Übergangslösungen geschaffen werden:

- Kostenfreie psychologische Beratungsangebote mit Sprachmittlung
- Mobile psychosoziale Dienste für Menschen in Unterkünften
- Unterstützung für Ehrenamtliche, die mit traumatisierten Menschen arbeiten.

Als Oberbürgermeisterin werde ich mich für eine menschenwürdige Unterbringung, echte gesellschaftliche Teilhabe und den Abbau von Diskriminierung von Geflüchteten einsetzen. Wichtig ist mir dabei die Integration in Arbeit und Ausbildung. Alle Geflüchteten sollen gleiche Lebensbedingungen und bessere psychosoziale Betreuung erhalten.